

Verantwortung für die Einheit der Gemeinde hervorgehoben, wird der in Zukunft immer wichtigere Dienst des ständigen Diakons (zur Zeit gibt es in der DDR 9 geweihte Diakone und 25 Bewerber) und der besondere Leitungsdienst von Priestern und Laien in Dekanat und Diözese dargestellt. Das 3. Kapitel gilt der Einordnung der Gemeinde und der interdiözesanen Zusammenarbeit.

Die Diskussion hat deutlich gemacht, daß diese Vorlage bis zur zweiten Lesung noch viele Änderungen erfahren wird. Kritik gab es daran, daß die Beteiligung des Laien an der *Gemeindeleitung* nicht deutlich genug formuliert worden sei. Auch wurde gefordert, die Stellung der hauptamtlichen Mitarbeiter in der Gemeinde klarer zu umreißen. Bei der Diskussion um den priesterlichen Dienst an der Einheit entfachte sich eine Aussprache über das Priesterbild und über die Förderung geistlicher Berufe, die nicht ganz frei war von Gereiztheiten. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, ein eigenes Papier zu „Aktuellen Fragen priesterlicher Existenz“ zu erstellen. Ebenso entschied sich die Synode dafür, eine Rahmenordnung für bestehende Räte zu erstellen und die Dienste unter dem Gesichtspunkt des Zusammenwirkens zu behandeln.

Das Thema „*ausgeschiedene Priester*“ machte deutlich, daß auch in der DDR die Bandbreite der unterschiedlichen Meinungen groß ist. Eine Synodalin wies darauf hin, daß es für die Gemeindeglieder schwer verständlich sei, wenn ein ausgeschiedener Priester nach seiner Laisierung wieder zu den Sakramenten zugelassen werde, während ein in der gleichen Gemeinde lebender schuldlos geschiedener und wiederverheirateter Mann ausgeschlossen bleibe. In diesem Zusammenhang wies ein Synodaler darauf hin, daß man durchaus eine Parallele zwischen dem Eheversprechen und dem Zölibatsversprechen ziehen könne. Nur

dürfe man die Lösung dieses Versprechens nicht unterschiedlich behandeln. In der Vorlage hieß es zunächst: „Wenn ein Priester aus seinem Dienst ausscheidet, sollte dieser Schritt aber als seine Gewissensentscheidung von allen geachtet werden.“ Da diese Formulierung vielen Synodalen aber zu weit ging, wurde folgender Text beschlossen: „Wenn ein Priester aus seinem Dienst ausscheidet, soll seine Entscheidung respektiert werden.“

Fragen offen ausgesprochen

In seiner Predigt beim Schlußgottesdienst wies der Bischof und Apostolische Administrator in Erfurt, *Hugo Aufderbeck*, darauf hin, daß es die Last des Christseins, des Priesterseins und des Bischofseins nicht erst seit heute gebe. Auch der heilige Paulus habe dies schon erlebt. Das Christsein mache manchmal einen angestregten, ängstlichen, pessimistischen und wenig frohen Eindruck. Er stellte dann die rhetorischen Fragen: „Liegt es daran, daß wir die Schwachheit und Ohnmacht der kleinen Herde gegenüber der Übermacht eines Weltanschauungssystems zwar deutlich sehen, aber die Macht und die Liebe Gottes übersehen? Liegt es daran, daß wir meinen, *wir* müßten eine heile Welt und eine heilige Kirche schaffen, so daß wir vor lauter Aktionen den Krampf in die Hände bekommen? Liegt es daran, daß wir der marxistischen Prognose Glauben schenken, daß nämlich Religion wegmodert, daß wir die letzten der Mohikaner seien und es um 2000 nur noch Restbestände religiöser Gruppen gebe? Liegt es daran, daß wir in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung atheistischer Prägung leben, was besonders junge Christen bedrängt und belastet?“

Kongresse

Die Welternährungskonferenz 1974

Lage — Probleme — Lösungen

Vom 5.—16. November 1974 fand in Rom die von den Vereinten Nationen veranstaltete Welternährungskonferenz statt. Sie war — nach der Konferenz über „Rohstoffe und Entwicklung“ in New York/U.S.A. (April), der Seerechtskonferenz im Juni in Carracas/Venezuela, der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest/Rumänien (August) — die vierte der „großen“ Veranstaltungen in diesem Jahre. Der nachfolgende Bericht von Prof. Theodor Dams,

Universität Freiburg, der als wissenschaftlicher Beobachter an der Konferenz in Rom teilnahm, analysiert die Konferenzergebnisse, ihren politischen Hintergrund und ihre langfristigen Wirkungschancen.

Das 2. Entwicklungsjahrzehnt (1970/80) scheint bisher mehr unverbindliche Postulate auf großen Konferenzen gebracht zu haben als greifbare Ergebnisse politischer Ent-

scheidungen für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Welt. Auch die großangelegten Sitzungswochen in Rom, in denen erstmals das Welternährungsproblem in seiner Dimension *politisch* erörtert wurde, dürften in ihren Resultaten davon kaum eine Ausnahme machen. In Rom handelte es sich in der Tat um eine „politische Mammut-Konferenz“: Über 130 Staaten (die Entwicklungsländer, die westlichen Industriestaaten und die sozialistischen Länder) — mit mehr als 1200 Vertretern — 20 internationale Organisationen und 6 Befreiungsbewegungen hatten ihre Delegierten entsandt. — Daneben waren über 120 Nicht-Regierungsorganisationen mit doppelt so vielen Repräsentanten anwesend. Über 1200 Journalisten bemühten sich, politische Spannungen, komplexe Diskussionen und konkrete Ergebnisse zu vermitteln.

Alarmierende Welternährungslage

Der Startschuß zur Vorbereitung dieser Konferenz wurde im Jahre 1972 gegeben. Nach 20jähriger Zunahme, wenn auch nicht immer in wünschenswerter Höhe, fiel die agrarische Produktion erstmals, insbesondere bei Getreide; auch die beiden darauffolgenden Jahre brachten keine Besserung. Es kam hinzu, daß schlechte Wetterbedingungen in der Sowjet-Union und in China, jedoch auch in Indien und in Teilen Afrikas eine starke Nachfrage nach Nahrungsmitteln auslösten. Etwa zur gleichen Zeit „griffen“ die in den USA eingeleiteten Maßnahmen, durch Produktionseinschränkungen die hohen agrarischen Überschüsse, die hohe finanzielle Belastungen des Staatshaushaltes bewirkten, allmählich abzubauen. Diese neue Situation führte zu einem Abbau der Lagervorräte, zu einem Anstieg der Preise auf dem Weltmarkt und zu einer Verringerung der Nahrungsmittelhilfe an die Entwicklungsländer. Die Verringerung der Getreidevorräte hat heute einen Punkt erreicht, daß eine größere Mißernte zu einer umfassenden Katastrophe führen kann. Die generelle Verschlechterung der Welternährungslage war auch darauf zurückzuführen, daß in vielen Entwicklungsländern die Agrarproduktion nicht mit dem Anstieg der Bevölkerung und der kaufkräftigen Nachfrage Schritt hielt. — Infolge der Anhebung der Erdölpreise (Ende 1973) setzte eine weitere Verteuerung des Handeldüngers ein, die schon zwei Jahre vorher zu Schwierigkeiten geführt hatte; eine erhebliche Verknappung kam hinzu, so daß nun von zwei Seiten her der Ausdehnung der Agrarproduktion in den Entwicklungsländern engere Grenzen gesetzt waren. — Hinzu kamen Naturkatastrophen und Dürreperioden — so in der Sahel-Zone, in Äthiopien und Indien; sie zeigten dieser fortschrittsgläubigen Menschheit den erbarmungslosen Hunger in seiner ganzen Unerbittlichkeit und die Ohnmacht unserer technisierten Welt in ihrer vollen Schärfe. Auch die Konferenz von Rom konnte sich von diesem Bild nicht freimachen; so mußte der frühere Ernährungsminister von Bangladesch, Amirul Islam, den Konferenzteilnehmern mitteilen, daß bis zur Reiserterte

Mitte Januar 1975 rd. 400 000 Tonnen Nahrungsmittel (im Werte von 200 Mio DM) erforderlich wären, um die Hungersnot in seinem Lande abzuwenden!

Für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage der Welternährung — und darin stimmen die umfassenden Berichte überein — ist von Wichtigkeit, daß längerfristige Unterversorgung und akute Notstände zusammengetroffen sind. Die auf der Konferenz vorgelegten Unterlagen zeigen, daß in den Entwicklungsländern die Divergenz zwischen Nahrungsmittelproduktion und -nachfrage bis 1985, insbesondere bei Getreide, erheblich zunehmen wird und daß damit ihre Netto-Importe sehr stark steigen werden, die ihrerseits jedoch nicht aus den Exporten der Länder der Dritten Welt finanziert werden können. — Hinter diesen *globalen* Feststellungen wird der Sachverhalt der Unter- und Mangelernährung *innerhalb* einzelner Entwicklungsländer noch nicht sichtbar: So ist festgestellt worden, daß gegenwärtig fast eine halbe Milliarde Menschen schlecht ernährt sind; die Prognosen für 1985 zeigen, daß dann in 35 Entwicklungsländern mit zusammen 800 Millionen Menschen nicht einmal der Mindestbedarf an Nahrungsmitteln gedeckt werden kann (vgl. den Vorbericht in: HK, September 1974, 452 ff.).

Angesichts dieser besorgniserregenden kurzfristigen und langfristigen Lage müssen Hunger und Unterernährung als ständig wachsende Bedrohung in dieser Welt angesehen werden; sie verlangen neben der humanitären Verpflichtung zur unmittelbaren Hilfe auch die Übernahme von politischer Verantwortung für längerfristige Lösungen.

Die Anstöße zur Konferenz und die politische Interessenlage

Ein erster Vorschlag, eine weltweite Konferenz der Regierungen unter der Verantwortung der Vereinten Nationen einzuberufen, wurde vom algerischen Staatspräsidenten, *Houari Boumedienne*, auf der Konferenz der blockfreien Länder in Algier (Anfang September 1973) gemacht. Auch die Grobstruktur der Verhandlungen wurde skizziert: Internationale Zusammenarbeit, um den Mangel an Nahrungs- und Betriebsmitteln zu überwinden; Stabilisierung der Preise; Berücksichtigung des Zusammenhanges zwischen Welthandel mit Agrarprodukten und landwirtschaftlicher Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt. — Dieser Vorschlag fand noch im gleichen Monat in der Rede des US-Außenministers, *Henry A. Kissinger*, vor der UN-Vollversammlung eine Unterstützung: „Es ist notwendig, über Maßnahmen zu diskutieren, um eine angemessene Nahrungsmittelversorgung aufrechtzuerhalten. Es bedarf der Anstrengung aller Nationen, um dem durch Naturkatastrophen verursachten Hunger und der Unterernährung zu begegnen.“ Unterstützt auch von den sozialistischen Staaten beschloß vor Jahresende dann die Vollversammlung, eine solche von Regierungen zu beschickende Konferenz einzuberufen. Ihre Aufgaben wurden in der Folgezeit konkretisiert: (1) Maßnahmen zur

Steigerung von Erzeugung und Verbrauch von Nahrungsmitteln in Entwicklungsländern; (2) Größere Sicherheit der Welternährung durch die Einrichtung eines weltweiten Informationssystems, durch wirksame Vorratshaltung an Nahrungsmitteln sowie durch Katastrophen- und Nahrungsmittelhilfe; (3) Ausweitung der Exporte der Entwicklungsländer im Bereich der Agrarwirtschaft sowie relevante Preisstabilisierung auf den Weltmärkten. — Übergeordnet zu diesen Problemen war die Frage zu behandeln, wie die Vorschläge und Empfehlungen *nach* der Konferenz in realistische Programme und Maßnahmen umgesetzt werden sollten.

Hinter diesem sachlogischen ökonomischen Fragenkatalog werden die unterschiedlichen politischen Interessenlagen der Beteiligten verdeckt: (1) Für die USA schien sich zum Zeitpunkt des Vorschlages einer Welternährungskonferenz schon abzuzeichnen, daß sie Ende 1974 als „volle Kornkammer“ in Rom auftreten konnten; so betrachtet bot sich die politisch günstige Gelegenheit, weltweit zu diskutieren, wie die *gemeinsame* Verantwortung mit einer *Teilung* der Lasten (*burden sharing*) zu verbinden sei. (2) Für die Entwicklungsländer in der „Gruppe der 77“ ergab sich eine erneute Chance, in den ihnen genehmeren Strukturen der UNO ihre prekäre Lage zu dokumentieren, kurzfristig Lösungsmöglichkeiten unter diesem Druck der Fakten zu erreichen sowie den Nachweis anzutreten, daß den Staaten der Dritten Welt Lösungsmöglichkeiten längerfristiger Art durch das System der westlichen Industrieländer versperrt würden. (3) Die sozialistischen Länder — wenn auch mit Unterschieden einerseits die UdSSR mit dem Ostblock, andererseits die Volksrepublik China und Albanien — konnten wieder einmal darauf hinweisen, daß sie die derzeitige Lage der Welt nicht verursacht hätten, und daß sie — wie die Entwicklungsländer — unter den wirtschaftspolitischen Praktiken des „Westens“ zu leiden hätten. — Noch komplexer wird der politische Stellungskrieg, wenn die Entscheidungsstrukturen in den internationalen Organisationen berücksichtigt werden. Von den Finanzmitteln für die Entwicklungshilfe werden rd. 90 v. H. von den westlichen Industriestaaten eingebracht und in den meisten Fällen auch durch sie in der Vergabe direkt beeinflußt; jede neue unmittelbare UN-Institution, die mit Investitionshilfen ausgestattet ist und in der die Entwicklungsländer stärker mitbefinden, bedeutet daher eine Verringerung des Einflusses der Geberländer. — Vor diesem Hintergrunde der Sicherung des politischen Einflusses wird auch die Haltung der westlichen Industrieländer verständlich, möglichst in der „altvertrauten Maschinerie“ internationaler Organisationen die anstehenden Probleme zu lösen.

Die Ergebnisse der Konferenz

In drei Kommissionen wurden die Resolutionen beraten, die im Anschluß daran im Plenum verabschiedet wurden.

Als Materialgrundlagen standen einmal eine umfassende Analyse des Welternährungsproblems sowie der Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen Situation der Welternährung zur Verfügung. Weiterhin hatte ein Vorbereitungsausschuß, an dessen Sitzungen praktisch alle Mitgliedstaaten der UNO teilnehmen konnten, in drei Arbeitstagen bereits eine Grobstruktur der Empfehlungen entwickelt. Das konnte einzelne Länder und Ländergruppen nicht daran hindern, auf der Konferenz neue Anträge bei den Beratungen einzubringen. — Aus der Fülle der Anträge, die von der Aufnahme politischer Deklamationen bis zur Berücksichtigung technischer Einzelmaßnahmen reichten, werden nur jene ausgewertet, denen eine größere politische Relevanz zukommt.

Kommission 1: Im Hinblick auf die Formulierungen der Zielsetzungen und Strategien, die Nahrungsmittelproduktion zu steigern, wurden die Entwicklungsländer aufgefordert, der Förderung der Landwirtschaft und Fischerei eine *hohe* Priorität einzuräumen; frühere Vorstellungen, schwergewichtig den Entwicklungsweg der Industrialisierung einzuschlagen, schienen damit revidiert. Dieser Entwicklungsprozeß soll mit Agrarreformen verbunden und durch eine konstruktive Agrarpolitik, die die Beteiligung der bäuerlichen Bevölkerung sichert, unterstützt werden; die *integrierten ländlichen Entwicklungsprogramme* finden eine neue Basis praktischer Wirtschaftspolitik. — Die hochentwickelten Länder werden aufgefordert, die Staaten der Dritten Welt beim Aufbau eigener *Düngemittelfabriken*, bei der Anwendung von *Forschungsergebnissen der Land- und Ernährungswirtschaft* und der Wasserwirtschaft zu unterstützen.

Die Steigerung der Agrarproduktion in den Entwicklungsländern erfordert erhebliche Investitionen, die zum Teil auch durch die ausländische Kapitalhilfe bereitgestellt werden sollte. Die Länder der Dritten Welt haben sich bemüht, in Rom dafür eine neue *internationale Finanzierungsinstitution* zu gründen, den Internationalen Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD). Der von 33 Staaten eingebrachte Antrag war insofern von Interesse, weil er — von nur wenigen hochentwickelten Ländern (Australien, Neuseeland, Niederlande) befürwortet — von den Öllieferländern mit ihren hohen Deviseneinnahmen ausnahmslos unterstützt wurde. Die Konferenz von Rom konnte sich nur darauf verständigen, daß die Einrichtung eines solchen Fonds auf *freiwilliger* Basis erfolgen soll, wobei der UNO-Generalsekretär die Einberufung einer Sitzung mit Nachdruck voranzutreiben hat, auf der die Fragen der Aufbringung, Vergabe und Organisation geregelt werden sollen. — Die Erwartungen, in diesem Bereich zu einer schnellen Lösung zu kommen, waren von Anfang an nicht realistisch formuliert worden. Der Spielraum für finanzielle Zusagen zusätzlicher Art ist für die hochentwickelten Länder fast ausnahmslos gering. Sie sind zwar bereit, die Hilfeleistungen im Agrarsektor zu steigern (so etwa die Bundesrepublik von 185 Mio Dollar/1973 auf rd. 400 Mio Dollar/1975);

das aber erfolgt mehr durch Umschichtungen innerhalb der gesamten Leistung und über die alteingefahrenen Kanäle, d. h. also nicht notwendigerweise über neue landwirtschaftliche Entwicklungsfonds. — Die Reaktion der Öllieferländer formulierte der iranische Delegierte, *Djamchid Amouzegar*, wie folgt: „Wir hätten hier Besseres leisten können“ als „diese verwaschene Erklärung über den Fonds abzugeben“; jedoch „sie ist besser als nichts!“ An dieser Äußerung wird deutlich, daß die Öllieferländer sich allmählich in die neue Rolle hineinzufinden scheinen, mit den Milliarden zusätzlicher Deviseneinnahmen auch entwicklungspolitische Verantwortung übernehmen zu müssen. Sie waren sich untereinander zwar nicht einig, nach welchen Kriterien die Finanzbeträge zu einem Fonds zu leisten seien (so z. B. Gesamtes oder Pro-Kopf-Brutto-sozialprodukt), aber über die Einrichtung eines solchen „International Fund for Agricultural Development“ und seine „substantielle“ Ausstattung bestand Übereinstimmung.

Kommission II: Rechtzeitige Hilfsmaßnahmen erscheinen auf weltweiter Ebene nur möglich, wenn ein *umfassendes Informationssystem* aufgebaut wird, das auch zur „Frühwarnung“ von akuten Notständen geeignet ist. Auch in diesem Falle wurde die Einrichtung zwar beschlossen und diese Aufgabe der bestehenden Organisation, der FAO (Land- und Ernährungsorganisation der UN), zugeordnet; aber die Beteiligung der einzelnen Staaten ist *freiwillig*. Die Volksrepublik China hat ein solches Informationssystem als Einschränkung nationaler Souveränität betrachtet und daher abgelehnt; die Sowjet-Union hat ihre Mitarbeit auf Mitteilungen reduziert, die sie bereits für Getreide an den Weltweizenrat gibt. Bei den Gegenargumenten, ein solches Informationssystem diene den Spekulationen westlicher Privatunternehmen, dürfte auch implizite die Verbindung von Nahrungsmittelversorgung und militärischer Verteidigung zur Diskussion gestanden haben. — Eine weitere Resolution befaßte sich mit den *internationalen Maßnahmen zur Sicherung der Welt-ernährung*. Es wurde Einverständnis darüber erzielt, daß dafür eine verbesserte Politik der *Nahrungsmittelhilfe* mittelfristiger Art notwendig sei. Dafür wurde das quantitative Ziel von 10 Mill. t Getreide als untere Grenze, als Schenkung oder zu günstigen Bedingungen geliefert, fixiert. Die Formulierung dieser Zielgröße wurde mit der Aufforderung verbunden, daß von den Beteiligten „Wege und Mittel gefunden werden sollten, um für 1975 und 1976 die benötigte Getreidemenge zu produzieren und zu finanzieren“; ein deutlicher Seitenblick auf die finanzstarken Ölländer war unverkennbar! — Bei der Gewährung von Nahrungsmittelhilfen soll jedoch beachtet werden, daß die landwirtschaftliche Eigenproduktion der Entwicklungsländer nicht beeinträchtigt und der Welthandel mit Agrarprodukten nicht negativ beeinflusst werden. Auf das Einzelland bezogen sollen Katastrophen abgewendet, Hunger und Unterernährung bestimmter Zielgruppen beseitigt und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter-

stützt werden. Gemessen an der Praxis in der Vergangenheit dürfte es nicht leicht sein, diesen „modernen“ Grundsätzen zu entsprechen! — Ein weiteres Anliegen der Konferenz bestand darin, die *Lagerhaltung an Nahrungsmitteln* in das System der Sicherung der Welternährung einzubeziehen. Die Vorstellungen, „an strategischen Punkten international verwaltete Läger in Notfällen für Entwicklungsländer sofort verfügbar“ einzurichten, konnten nicht durchgesetzt werden. Das äußerste Zugeständnis der hochentwickelten Länder bestand darin, die *nationale Vorrathaltung international* zu koordinieren; es sollte — wie bisher — in Katastrophensituationen die bilaterale Hilfe bestehenbleiben, wobei die Stärkung des international organisierten „World Food Programme“ durchaus in einen solchen Rahmen passen würde; eine neue „internationale Bürokratie“ wird als unnötig angesehen. — Eine solche „Politik der Sicherung der Welternährung“ mit ihrem breiten Katalog an Einzelmaßnahmen hat jedoch einen hohen Bedarf an internationaler Koordinierung und benötigt daher auch eine *institutionelle Absicherung*; sie wurde nach harten Verhandlungen in der Einrichtung eines „Welternährungsrates“ (World Food Council) beschlossen, der als UNO-Einrichtung gedacht und damit in der Beteiligungs- und Koordinierungsebene der FAO übergeordnet ist. Es wird der Zukunft überlassen bleiben, inwieweit die pathetische Resolution im Hinblick auf diese neue Institution mit konkretem Inhalt gefüllt werden kann!

Kommission III: Bereits die lange Formulierung ihrer Aufgabenstellung verwies auf den konfliktgeladenen Problemkreis: „Spezifische Ziele und Maßnahmen im Bereich des internationalen Handels und Ausgleichs, die zum Ernährungsproblem relevant sind, einschließlich von Maßnahmen zur Stabilisierung und Ausdehnung von Exportmärkten der Entwicklungsländer.“ — Hinter diesem technokratischen Wortgebilde der Konferenz verbarg sich der schon seit den UNCTAD-Konferenzen bekannte Anspruch der Entwicklungsländer, zu einer „neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ zu gelangen, die ihnen eine stärkere Beteiligung am internationalen Handel und größere Deviseneinnahmen ermöglicht. Während der Präsident von Mexiko, Luis Echeverria, vor der Vollversammlung in Rom die Industrieländer — unter dem Beifall der „Gruppe der 77“ und der sozialistischen Staaten — anklagte, sie seien „nicht bereit, ihre Strukturen den Bedürfnissen der Welt anzupassen“, hatte seine Delegation eine 21 Punkte umfassende aggressive Resolution eingebracht; sie war für die westlichen Industriestaaten unannehmbar. Zwar hätten diese Formulierungen die vertretenen Staaten in ihrem Empfehlungscharakter nicht gebunden; aber jede *Rahmenformulierung* hier in Rom wurde bereits als ein *Datum* für die *nächste* Konferenz angesehen: für die Ausgangsposition in den GATT-Verhandlungen (über Zölle und Handel), die in wenigen Monaten beginnen. So betrachtet, warf die Rom-Konferenz in *dieser* Kommission schon die Schatten auf die nächste!

Und ein „Schatten“ war auch die schließlich gefundene Kompromißlösung, weil die „reichen Länder, angeführt durch die USA, vollen Erfolg beim Abwürgen der sehr radikalen Handelsvorschläge hatten, die von der Gruppe der 77 (der blockfreien Entwicklungsländer) vorgelegt wurden“ (so die Kongreßzeitung PAN, von Nicht-Regierungsorganisationen redigiert). Übriggeblieben sind Empfehlungen, die Handelshemmnisse im Agrarbereich progressiv abzubauen sowie für „faire Preise“ und für den Abschluß internationaler Warenabkommen zu sorgen. — Die harten Auseinandersetzungen bei diesen Fragen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß *diese* Probleme des Welt Handels mit Agrarprodukten noch nicht vom Tisch sind.

Die politische Dimension der Konferenz

Die Verhandlungen in *allen* Kommissionen und in den Plenarsitzungen sowie die getrennten Sitzungen der Ländergruppen nach Interessenlagen (hochentwickelte Staaten, Gruppen der 77 insgesamt und nach Kontinenten, sozialistische Länder) zeigen deutlich den *politischen Charakter* der Welternährungskonferenz.

Das gilt auch für die Verhandlungsobjekte:

Die Knappheit einer Ware ist keineswegs Gradmesser für ihren politischen Stellenwert; konkret: Getreide ist etwas anderes als Erdöl; die weltweite Verantwortung wird bei beiden Produkten im Hinblick auf die am meisten betroffenen Länder verschieden interpretiert.

Das Problem der mittelfristigen Unterversorgung mit Nahrungsmitteln wird weniger, wenn überhaupt, als eine Anforderung an die Qualität der eigenen Wirtschafts- und Agrarpolitik in den Entwicklungsländern verstanden als vielmehr auf das Fehlen einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ zurückgeführt. In der Tat sind die Zugeständnisse westlicher Industrieländer mehr als ein hinhaltender Widerstand interpretierbar; keineswegs werden Teilentscheidungen verständlich und nachvollziehbar vor dem Hintergrund einer in sich geschlossenen Konzeption. So betrachtet können sich die westlichen Länder immer nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der Wirtschafts-, Agrar- und Entwicklungspolitik einigen; und ein solches Vorgehen trägt nicht zur Glaubwürdigkeit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bei! Spätestens auf der nächsten GATT-Konferenz in einigen Monaten werden international diese gleichen Kernfragen wiederum behandelt werden.

Trotz aller Gegensätze und Widersprüche kam es in Rom zu keiner Konfrontation der Auffassungen; alle Empfehlungen wurden in zahlreichen Sitzungen, Kontaktgruppen und Redaktionsstäben so lange in alternativen Formulierungen „durchgeprobt“, bis eine allseits genehme Fassung gefunden wurde. Als Vermittler treten dabei Staaten in Erscheinung, die nicht zu den „Großen“ dieser Welt gerechnet werden. Die Resolutionen, auf die man sich mühsam geeinigt hatte, wurden *ohne Abstimmung* in der Plenarsitzung verabschiedet — im Anschluß daran wurden

Protokollerklärungen einzelner Staaten abgegeben, die den politischen Wert der Kompromißlösungen für die praktische Zusammenarbeit auf Weltebene wiederum relativierten!

Die Rolle der Nicht-Regierungsorganisationen und der Parlamentarier

Wie bereits auf der Bevölkerungskonferenz in Bukarest (August 1974) waren nichtstaatliche Organisationen zur aktiven Teilnahme an der Tagung in Rom aufgefordert worden. Sie waren diesem Aufruf — insbesondere aus Nordamerika — in stattlicher Zahl gefolgt, hatten in ihrem jeweiligen Lande die Öffentlichkeit zu informieren versucht und deckten in Rom nun die Regierungsdelegationen auf der Welternährungskonferenz mit Stellungen in großer Zahl ein. Parallele Veranstaltungen zur Welternährungskonferenz sollten darüber hinaus den Meinungs- und Willensbildungsprozeß in Rom beeinflussen. Der laufende Kontakt mit den „Headquarters“ ihrer jeweiligen Länder sorgte dafür, daß die politisch Verantwortlichen mit Telegrammen aus allen Landesteilen bombardiert wurden. — Dieses Engagement, aus humanitären Gründen durchaus verständlich und bewundernswert, ist aus dem Blickwinkel, daß längerfristige politische Entscheidungen auf Weltebene zu treffen sind, nicht unproblematisch, weil einfach für die Beurteilung des Gesamtzusammenhangs der Sachverstand fehlt und ein Teilproblem emotional überzeichnet wird. Dabei war es kennzeichnend für die Konferenz, daß auf der einen Seite die nichtstaatlichen Organisationen von den Politikern und hohen Verwaltungsbeamten bezüglich ihrer Leistungen hohes Lob erhielten, auf der anderen Seite jedoch kaum eine der vertretenen Institutionen den eigenen Beitrag zur Problemlösung kritisch reflektierte!

Für die USA und Kanada ist — neben der Lobby der NGO's — noch ein weiterer Sachverhalt von Interesse: In beiden Fällen waren Vertreter aller Parteien des Kongresses/Senats bzw. des Parlaments Berater der *offiziellen* Delegationen. Ihre Funktion bestand jedoch mehr in einer Diskussion des Problems in der Öffentlichkeit, wobei die Weltpolitik die Basis für weitere innenpolitische Auseinandersetzungen abgab.

Um die Rationalisierung politischer Entscheidungsprozesse im Interesse längerfristiger Lösungen zu fördern, sollte daher zu den alten Formen zurückgekehrt werden. Die nichtstaatlichen Organisationen sollten die Meinungsbildung der Öffentlichkeit und das Parlament die Kontrolle der Exekutive *bei sich zu Hause* praktizieren!

„Erträge“ der Konferenz erst in den kommenden Jahren

Wer mit hochgesteckten Erwartungen nach Rom zur Welternährungskonferenz gekommen war, wird mit großen

Enttäuschungen die Heimfahrt angetreten haben. Bei einer realistischen Einschätzung der gegenwärtigen Welt-ernährungslage konnten keine anderen Resultate erwartet werden. Der Spielraum der hochentwickelten Länder für zusätzliche finanzielle Leistungen ist gering; die Aufforderung an sie, angesichts der prekären Welternährungssituation nun ihre Agrarproduktion auszudehnen, ist ökonomisch nicht ungefährlich, insbesondere für die Europäische Gemeinschaft mit ihrem System der Marktordnungen. Die Ölländer gewinnen erst allmählich Einsichten, daß ihnen eine neue Rolle in der jetzt viergeteilten Welt (West, Ost, Entwicklungsländer mit und ohne Rohstoffe/ Erdöl) zugefallen ist, und daß sie diese Verantwortung konkretisieren müssen. Den Entwicklungsländern ist wie-

der einmal deutlich geworden, wie *unterschiedlich* die ökonomischen Interessenlagen bei *gleichen politischen* Zielformulierungen sind. — So betrachtet war Rom für alle ein „Lernprozeß“; bliebe nur noch die Frage, ob auch für die Veranstalter des Welternährungskongresses, die UN-Vollversammlung: Entscheidungen für das Überleben der Menschheit werden nicht auf Mammutkonferenzen getroffen; allenfalls können die Probleme in ihrer Komplexität und Differenzierung erfaßt werden. Lösungen sind harten Verhandlungen in kleinerem Zuschnitt vorbehalten. „Erträge“ der Welternährungskonferenz werden daher erst im Laufe des kommenden Jahres erwartet werden können.

Theodor Dams

Themen und Meinungen im Blickpunkt

Märtyrer des Regimes, Tragödie der Kirche

Zu den Erinnerungen von Kardinal Mindszenty

Die Memoiren von Kardinal Mindszenty (Erinnerungen, Propyläen Verlag, Berlin/Frankfurt a. M., 440 Seiten, 38.— DM) haben im deutschen Sprachraum bereits vor ihrer Publikation hohe publizistische Wellen geschlagen. Das war zu erwarten und aus der aktuellen Konjunktur vatikanischer Ostpolitik heraus auch verständlich, denn die Absetzung des Kardinals durch Papst Paul VI. im März dieses Jahres führte zu einer breiten Solidarisierung mit dem einstigen ungarischen Primas. Da durch emotionale Reaktionen, wie sie mit dem Erscheinen der Memoiren verbunden waren, stets die Gefahr der politischen Instrumentalisierung seitens derer gegeben ist, die kirchliche Vorgänge für ihre politischen Zwecke und Weltanschauungen nutzen wollen, dürfte es einer ausgeglichenen Information dienen, wenn die Memoiren hier weniger im Blick auf die heutige vatikanische Ostpolitik als aus der Situation der ungarischen Kirche nach 1945 und heute gelesen und dargestellt werden.

Die Spannung, mit der die Memoiren des ehemaligen Fürstprimas von Ungarn, József Kardinal Mindszenty, erwartet wurden, erweist im vollen Umfang ihre Berechtigung.

Das Buch des jetzt bald 83jährigen Kardinals behandelt kurz seine Jugend (13—15), seine erste Tätigkeit als Vikar und Religionslehrer 1915—19, die erste Verhaftung

1919 (15—20) und chronologisch seine Laufbahn. Mit 27 Jahren wird er Stadtpfarrer in der kleinen Provinzstadt Zalaegerszeg und bleibt 25 Jahre in diesem Amt (21—29). Am 4. März 1944, mit 52 Jahren, folgt seine überraschende Ernennung zum Bischof von Veszprém (28—30), bald darauf, im Oktober 1944, durch die ungarischen Faschisten verhaftet (36—43) und im April 1945 durch die Rote Armee „befreit“ (oder wie er sagt, „nicht befreit, sondern von den flüchtenden Polizisten einfach hier zurückgelassen“) (47). So erlebt er die Verwüstungen des Krieges (47 bis 58). Am 15. September 1945 wird er, noch kaum dem Pfarramt entwachsen, zum Erzbischof von Esztergom (Gran) — und damit zum Fürstprimas von Ungarn — und bald darauf zum Kardinal ernannt (59—69). Und hier mit 53 Jahren „beginnt sein Leben“.

Er steht auf dem höchsten Posten des Landes und beginnt seinen Kampf für die Rechte der Kirche gegen die Säkularisierungsbestrebungen der Republik und gegen die Kommunisten (69—195). Am zweiten Weihnachtstag 1948 wird er verhaftet (199—201) und in die berüchtigten Folterkammern der Andrásystraße 60 nach Budapest gebracht (201). Dort wird er 30 Tage lang gefoltert, geprügelt und schließlich mit Drogen und gefälschten Dokumenten für den Schauprozeß vorbereitet, der am 3. Februar 1949 beginnt (203—243) und 5 Tage dauert (243